Zehn-Punkte-Forderung des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz

Für starke Feuerwehren, starke Kommunen und einen leistungsfähigen Bevölkerungsschutz 2026–2031

DIE KOMPETENZ
IM KATASTROPHEN- UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

FEUERWEHREN
IN RHEINLAND-PFALZ

NAH » KOMPETENT » VOR ORT

Präambel

Rheinland-Pfalz verfügt über ein leistungsfähiges Feuerwehrsystem. Dieses System lebt vor allem vom Engagement der rund 50.000 Feuerwehrangehörigen in den Feuerwehren des Landes. Sie gewährleisten gemeinsam mit den hauptamtlichen Kräften, den Kommunen, dem Land, den Hilfsorganisationen, dem THW und weiteren Partnern Sicherheit und Hilfe für die Menschen in Rheinland-Pfalz.

Die Anforderungen an den Brand- und Katastrophenschutz wachsen. Extremwetterereignisse, Hochwasser, Starkregen, Wald- und Vegetationsbrände, länger andauernde Stromausfälle, neue technische Gefahrenlagen und veränderte sicherheitspolitische Rahmenbedingungen stellen Feuerwehren und Kommunen vor neue Herausforderungen.

Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD für die Jahre 2026 bis 2031 greift zahlreiche dieser Herausforderungen auf. Der Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz begrüßt ausdrücklich, dass zentrale Anliegen der Feuerwehren darin aufgegriffen werden.

Für den LFV RLP gilt jedoch:
- *Politische Zusagen müssen zu konkreten Verbesserungen bei den Feuerwehren vor Ort führen.*
- *Der Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung deshalb auf, die folgenden zehn Punkte zu einer verbindlichen Agenda für die Feuerwehren und den Bevölkerungsschutz in Rheinland-Pfalz zu machen.*

1. EHRENAMT STÄRKEN → ANERKENNUNG MUSS SPÜRBAR WERDEN

Das ehrenamtliche Engagement ist das Fundament des rheinland-pfälzischen Feuerwehrwesens.

Die im Koalitionsvertrag angekündigte weitere Auswertung der Ehrenamtsstudie, die Überarbeitung von Auszeichnungen und Ehrungen, die Einführung einer Ehrung für 50-jährige Mitgliedschaft sowie einer Dankesprämie sind wichtige Schritte.

DER LFV RLP FORDERT:
- die Ergebnisse der Ehrenamtsstudie konsequent in konkrete Maßnahmen umzusetzen,
- die angekündigte Dankesprämie zeitnah einzuführen und dauerhaft abzusichern,
- die Ehrung für 50 Jahre Feuerwehrmitgliedschaft umzusetzen,
- bestehende Anerkennungs- und Wertschätzungsmodelle weiterzuentwickeln,
- Anreize bereits für den Einstieg in das Ehrenamt zu schaffen,
- die Vereinbarkeit von Feuerwehr, Familie und Beruf zu verbessern,
- Feuerwehrangehörige von vermeidbarer Bürokratie zu entlasten.



UNSER ZIEL:
Ehrenamt muss sich **nicht** finanziell lohnen.
Aber Ehrenamt muss gesellschaftlich, politisch und praktisch spürbar wertgeschätzt werden.



2. NACHWUCHS SICHERN → KINDER- UND JUGENDARBEIT NACHHALTIG FÖRDERN

Die Zukunft der Feuerwehren beginnt bei Kindern und Jugendlichen.

Der Koalitionsvertrag sieht eine verstärkte Unterstützung der Bambini-Feuerwehren sowie eine stärkere Förderung von Frauen in der Feuerwehr vor.

DER LFV RLP FORDERT:
- ein verlässliches Förderprogramm für Bambini-Feuerwehren,
- eine bessere finanzielle Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit,
- eine durchgängige Nachwuchsstrategie von der Bambini- über die Jugendfeuerwehr bis zur Einsatzabteilung,

- Unterstützung bei Ausstattung, Ausbildung und Betreuung,
- gezielte Maßnahmen zur Gewinnung und Bindung von Frauen,
- die Beseitigung struktureller Hindernisse für eine vielfältige Feuerwehr,
- eine stärkere Verankerung von Feuerwehr, Brandschutz und Bevölkerungsschutz in der schulischen Bildung.



UNSER ZIEL:
Nachwuchsgewinnung darf nicht dem Zufall überlassen werden.
Sie braucht eine landesweite Strategie und verlässliche Unterstützung.



3. AUSBILDUNG AUSBAUEN → LEHRGÄNGE MÜSSEN VERFÜGBAR SEIN

Ausbildung entscheidet über die Einsatzfähigkeit unserer Feuerwehren.

Der Koalitionsvertrag sieht den Ausbau des Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz zu einem leistungsstarken Übungs- und Kompetenzzentrum, sowie die Prüfung dezentraler Ausbildungsangebote vor.

DER LFV RLP FORDERT:
- den konsequenten Ausbau der Ausbildungskapazitäten,
- einen dauerhaften Abbau von Lehrgangswartelisten,
- eine bedarfsgerechte Planung der Lehrgangsplätze,
- die konsequente Prüfung und Umsetzung dezentraler Ausbildungsangebote,
- moderne und praxisorientierte Ausbildungskonzepte,
- die stärkere Nutzung digitaler Ausbildungsangebote,
- eine enge Verzahnung der Ausbildung des LfBK mit dem Bildungszentrum des LFV,
- ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen für die Ausbildung.



UNSER ZIEL:
Wer Verantwortung im Einsatz übernimmt, muss auch die Möglichkeit bekommen, die dafür notwendige Ausbildung zeitnah zu erhalten.



4. LANDESBESCHAFFUNG BESCHLEUNIGEN → GEMEINSAM SCHNELLER UND WIRTSCHAFTLICHER BESCHAFFEN

Beschaffung darf nicht zum Flaschenhals der Einsatzbereitschaft werden.

Der Koalitionsvertrag sieht Sammelbestellungen, gebündelte Ausschreibungen und einheitliche Beschaffungen vor.

DER LFV RLP FORDERT:
- die Landesbeschaffung kurzfristig aufzubauen und dauerhaft leistungsfähig zu machen,
- Sammelbeschaffungen insbesondere für Feuerwehrfahrzeuge und persönliche Schutzausrüstung zu ermöglichen,
- einheitliche, praxisgerechte Standards gemeinsam mit den Feuerwehren zu entwickeln,
- Ausschreibungen zu bündeln und dadurch Kosten und Bearbeitungszeiten zu reduzieren,
- Kommunen frühzeitig und transparent über Beschaffungsprogramme zu informieren,
- Feuerwehren und kommunale Spitzenverbände an der Entwicklung der Standards zu beteiligen.



UNSER ZIEL:
Gemeinsam beschaffen heißt schneller, wirtschaftlicher und bedarfsgerechter beschaffen.



5. FEUERSCHUTZSTEUER STÄRKEN → 90 PROZENT FÜR DIE KOMMUNEN

Die Kommunen tragen die Verantwortung für die örtliche Feuerwehr und müssen deshalb über eine verlässliche finanzielle Grundlage verfügen.

Der Koalitionsvertrag sieht vor, künftig einen höheren Anteil der Feuerschutzsteuer unmittelbar über Förderpauschalen an die Kommunen weiterzugeben und dabei Risikoklassen zu berücksichtigen.

DER LFV RLP FORDERT:

- 90 Prozent der Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer für die Kommunen zur Feuerwehrförderung,
- eine langfristig verlässliche und planbare Finanzierung,
- eine angemessene Berücksichtigung unterschiedlicher Gefahren- und Risikolagen,
- ausreichend hohe Förderpauschalen für Fahrzeuge, Geräte und persönliche Schutzausrüstung,
- eine unbürokratische und schnelle Auszahlung der Fördermittel,
- eine Finanzierung, die den tatsächlichen Investitionsbedarf der Feuerwehren berücksichtigt.



UNSER ZIEL:
Wer vor Ort für Sicherheit verantwortlich ist, braucht auch die finanziellen Möglichkeiten, diese Verantwortung wahrzunehmen.



---

6. FEUERWEHRHÄUSER ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN → INVESTITIONEN BESCHLEUNIGEN

Viele Feuerwehrhäuser in Rheinland-Pfalz müssen modernisiert, erweitert oder neu gebaut werden.

Der Koalitionsvertrag setzt auf Musterfeuerwehrhäuser und Modulbauweise.

DER LFV RLP FORDERT:

- praxistaugliche Musterfeuerwehrhäuser für unterschiedliche Gemeindegrößen,
- standardisierte und schnell anpassbare Raumprogramme,
- verstärkte Nutzung von Modulbauweisen,
- eine angemessene Berücksichtigung von Hygiene, Schwarz-Weiß-Trennung, PSA-Lagerung und Einsatzlogistik,
- schnellere Förder- und Genehmigungsverfahren,
- eine konsequente Berücksichtigung zukünftiger Einsatzanforderungen.



UNSER ZIEL:
Ein Feuerwehrhaus muss mehr sein als ein Stellplatz für Fahrzeuge.
Es ist Arbeitsplatz, Ausbildungsstätte, Treffpunkt und Teil der kommunalen Sicherheitsinfrastruktur.



---

7. FEUERWEHRBEDARFSPLANUNG STÄRKEN → EINSATZFÄHIGKEIT STATT PAPIERPLANUNG

Eine leistungsfähige Feuerwehr braucht eine belastbare Bedarfs- und Entwicklungsplanung.

Der Koalitionsvertrag sieht eine engere Unterstützung der Kommunen durch das LfBK vor.

DER LFV RLP FORDERT:

- landesweit einheitliche und praxisorientierte Grundlagen für Feuerwehrbedarfsplanungen,
- eine stärkere fachliche Unterstützung insbesondere kleinerer Kommunen,
- die Berücksichtigung von Tagesverfügbarkeit und Pendlerstrukturen,
- die Berücksichtigung demografischer Entwicklungen,



- die Einbeziehung von besonderen Risiken, Gefahrenlage und Katastrophenschutz,
- eine realistische Betrachtung der tatsächlich verfügbaren Einsatzkräfte,
- regelmäßige Fortschreibung der Bedarfsplanungen.

UNSER ZIEL:
Feuerwehrbedarfsplanung muss die tatsächliche Einsatzfähigkeit abbilden → nicht nur vorhandene Fahrzeuge und Gebäude.



8. BEVÖLKERUNGSSCHUTZ STÄRKEN → FEUERWEHR ALS ZENTRALEN PARTNER EINBINDEN

Bevölkerungsschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

Der Koalitionsvertrag sieht unter anderem den weiteren Ausbau des Sirenennetzes, eine Stärkung der Eigenvorsorge, den Schutz kritischer Infrastrukturen sowie die Weiterentwicklung des Hochwassermelde- und -warnsystems vor.

DER LFV RLP FORDERT:
- einen konsequenten Ausbau der Warninfrastruktur,
- eine flächendeckende und technisch belastbare Sirenenwarnung,
- eine stärkere Verbindung von Warnung, Information und konkreten Handlungsempfehlungen,
- die Stärkung von Selbsthilfe und Selbstschutz,
- eine systematische Bevölkerungsschutzaufklärung,
- eine barrierearme und zielgruppengerechte Warnkommunikation,
- die stärkere Einbindung der Feuerwehren in die Bevölkerungsschutzaufklärung,
- eine konsequente Vorbereitung auf lang andauernde und komplexe Einsatzlagen.



UNSER ZIEL:
Bevölkerungsschutz beginnt nicht erst im Katastrophenfall. Er beginnt mit Vorsorge, Aufklärung, Warnung und der Fähigkeit der Menschen, sich zunächst selbst zu helfen.



9. ÜBEN, VERNETZEN, AUSWERTEN → KRISENFÄHIGKEIT GEMEINSAM ENTWICKELN

Komplexe Schadenslagen können nicht allein bewältigt werden.

Der Koalitionsvertrag sieht regelmäßige behördenübergreifende Übungen und die Fortführung der Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen vor.

DER LFV RLP FORDERT:
- regelmäßige landesweite und regionale Übungen,
- gemeinsame Übungen von Feuerwehr, Katastrophenschutz, THW, Hilfsorganisationen, Polizei und Verwaltung,
- realistische Übungen zu Hochwasser, Starkregen, Wald- und Vegetationsbränden, Stromausfällen und lang andauernden Einsatzlagen,
- eine stärkere Einbindung kommunaler Feuerwehren in überörtliche Übungen,
- eine systematische Auswertung der Übungsergebnisse,
- verbindliche Konsequenzen aus den gewonnenen Erkenntnissen.



UNSER ZIEL:
Was im Einsatz funktionieren soll, muss vorher gemeinsam geübt werden.



10. FEUERWEHR UND BEVÖLKERUNGSSCHUTZ ALS GEMEINSAME SICHERHEITSAUFGABE DAUERHAFT ABSICHERN

Die Feuerwehr ist ein zentraler Bestandteil der Sicherheitsarchitektur unseres Landes.

Die Zukunft des Feuerwehrwesens kann deshalb nicht allein über Einzelmaßnahmen gestaltet werden. Erforderlich ist eine langfristige Gesamtstrategie für Ehrenamt, Ausbildung, Ausstattung, Kommunalfinanzen und Bevölkerungsschutz.

DER LFV RLP FORDERT:

- eine langfristige Strategie Feuerwehr und Bevölkerungsschutz 2031,
- eine regelmäßige gemeinsame Beratung von Landesregierung, Kommunen und LFV über den Umsetzungsstand,
- verbindliche Zeitpläne für zentrale Vorhaben des Koalitionsvertrages,
- eine regelmäßige Überprüfung der tatsächlichen Auswirkungen auf die Feuerwehren vor Ort,
- eine enge Einbindung der Feuerwehren in Gesetzgebungs- und Verordnungsprozesse,
- eine dauerhafte Stärkung des Ehrenamtes als tragende Säule des Feuerwehrwesens,
- eine konsequente Verzahnung von Brand-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.



UNSER ZIEL:

Rheinland-Pfalz braucht keinen Feuerwehrschutz nach Kassenlage, sondern einen zukunftsfähigen Brand- und Bevölkerungsschutz nach tatsächlichem Bedarf.



Unser gemeinsamer Anspruch

- Der Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz begrüßt, dass zahlreiche Forderungen und Anliegen der Feuerwehren im Koalitionsvertrag 2026–2031 aufgegriffen wurden.
- Jetzt kommt es auf eine zeitnahe Umsetzung an!
- Wir erwarten von der Landesregierung, dass aus politischen Zusagen konkrete Verbesserungen für die Feuerwehren, ihre Angehörigen und die Kommunen werden.
- Dabei geht es nicht um Einzelinteressen. Es geht um die Sicherheit der Menschen in Rheinland-Pfalz.

Deshalb gilt für die Jahre 2026 bis 2031:

Ehrenamt stärken.

Ausbildung sichern.

Beschaffung beschleunigen.

Kommunen entlasten.

Feuerwehrhäuser modernisieren.

Bevölkerungsschutz ausbauen.

Einsatzfähigkeit sichern.



- Der Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz steht für eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Landesregierung.
- Wir werden die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen begleiten, unsere Erfahrungen aus der Praxis einbringen und darauf hinwirken, dass die Interessen der Feuerwehren vor Ort berücksichtigt werden.
- Denn Sicherheit entsteht nicht auf dem Papier.
- Sicherheit entsteht dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen, ausgebildet sind, über die notwendige Ausrüstung verfügen und im entscheidenden Moment ausrücken.

Für starke Feuerwehren. Für starke Kommunen. Für einen starken Bevölkerungsschutz in Rheinland-Pfalz.

Sie tragen Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung. Sie tragen Verantwortung für unsere Feuerwehren!

Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz